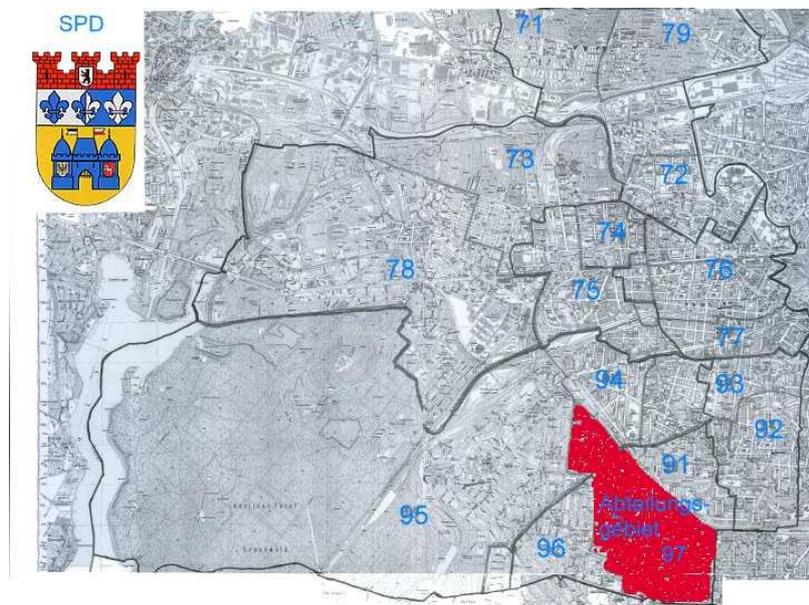


Der Rote Wilmersdorfer Süden

INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDER



INHALT:

Auf ein Wort

Bericht von der Mitgliederversammlung am 1. September 2015

Bericht von der Mitgliederversammlung am 6. Oktober 2015

Resolution

Spendenaufruf

Termine und Impressum

Auf ein Wort

Liebe Genossinnen und Genossen,

Berlin und die Bundesrepublik Deutschland und somit auch unsere Partei standen in den letzten Wochen und Monaten vor großen Herausforderungen, die uns auch noch in der nächsten Zeit weiterhin begleiten werden. Europa und vor allem die Bundesrepublik sind zum Ziel und Fluchtpunkt von hunderttausenden Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten insbesondere des Nahen und Mittleren Ostens, aber auch aus Afrika geworden. Sich diesen Herausforderungen zu stellen, diesen bedauernswerten Menschen eine neue Heimstatt zu geben, enorme humanitäre und logistische Leistungen zu erbringen, aber auch eine Willkommenskultur in unserer Gesellschaft zu leben, erfordert klare Entscheidungen der politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen und das Engagement aller. Dies ist umso wichtiger, weil in der Bundesrepublik, aber auch in Berlin unbelehrbare Rechtsextremisten die Situation versuchen, für sich zu nutzen und durch zu verabscheuende Aktionen Gewalt gegen die Flüchtlinge und ihre Einrichtungen ausüben. Glücklicherweise steht die große Mehrheit der Gesellschaft dagegen und zeigt ein hohes bürgerschaftliches Engagement. Auch in unserem Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf ist dies erfreulicherweise zu verzeichnen, so z.B. bei der aktiven und engagierten Unterstützung in der Flüchtlingsunterbringung im ehemaligen Rathaus Wilmersdorf am Fehrbelliner Platz und an anderen Stellen im Bezirk. Wichtig ist es aber auch, die Ängste und Verunsicherungen der Bürgerinnen und Bürger auf- und ernst zu nehmen.

Unsere Abteilung hat sich unmittelbar nach der Sommerpause in zwei Mitgliederversammlungen mit dem Thema Flüchtlinge und aber auch Extremismus befasst und in der Mitgliederversammlung am 1. September 2015 einstimmig einen Antrag beschlossen, den wir Euch ebenso wie die Ergebnisse der Mitgliederversammlungen vom September und Oktober in diesem RWS vorstellen.

Auf der Kreisdelegiertenversammlung am 25. September 2015 hat das Thema Flüchtlinge ebenfalls einen breiten Raum eingenommen und unser Bezirksbürgermeister Reinhard Nauman konnte eindrucksvoll die Situation im Bezirk und im Land schildern und verwies dabei auf die enormen Leistungen, die sowohl die Beschäftigten des Bezirksamtes als auch die vielen Ehrenamtlichen erbringen. In unserem Bezirk waren zum Zeitpunkt Ende September 2015 in insgesamt 7 Einrichtungen 2.800 Flüchtlinge untergebracht. Zugleich wies Reinhard Naumann auf die schwierige und unbefriedigende Situation im Landesamt für Gesundheit und Soziales hin. Zu der Diskussion auf der Kreisdelegiertenversammlung passte auch unser Antrag vom 1. September 2015, der als Resolution in der von uns ergänzten Fassung angenommen wurde. Die Resolution ist in diesem RWS ebenfalls abgedruckt.

Aber etwas anderes bestimmt natürlich auch unser Wirken. Im September 2016 finden die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen statt und schon jetzt laufen in den Abteilungen die Nominierungen. Wir haben für unsere Abteilung die Nominierungen bereits am 1. September 2015 durchgeführt und ich freue mich darüber, dass meine Abteilung mich einstimmig als Kandidaten für unseren Wahlkreis 7 nominiert hat. Dies ist eine große Herausforderung, zumal wir den Wahlkreis wieder für die SPD gewinnen wollen. Insgesamt wollen wir natürlich auch das Ergebnis für die Berliner SPD noch steigern und sind sicher, dass dies mit dem entscheidenden Handeln und der Popularität unseres Regierenden Bürgermeisters Michael Müller, der seit Monaten sehr gute Umfragewerte erhält, auch gelingt. Auch in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf wollen wir wieder stärkste Kraft werden. Aus unserer Abteilung haben wir ebenfalls einstimmig unsere langjährige Abteilungsvorsitzende Constanze Röder als Kandidatin für den ersten Frauenplatz auf der Liste sowie Adriana Röder und Justin Jähn als weitere Kandidatin und Kandidaten nominiert. Die endgültige Wahl der Wahlkreiskandidatinnen und –kandidaten sowie der Bezirksliste und der Liste für die BVV wird von der Kreisdelegiertenversammlung am 5. Dezember 2015 vorgenommen. Schon jetzt bereiten wir uns intensiv auf den Wahlkampf vor und werden im Kreis des Abteilungsvorstandes die Strategie und weiteren Schritte beraten.

Zuvor wird unser Landesvorsitzender Jan Stöß in unserer Mitgliederversammlung am 3. November 2015 zum Wahlprogramm und zum Stand der Wahlvorbereitungen referieren.

Am 26. November 2015 werden wir wieder eine Veranstaltung „SPD-Vor Ort“ , diesmal zum Thema „SPD und Deutsche Einheit – 25 Jahre nach der Wiedervereinigung“ im Theater Jaro durchführen. Angefragt für diese Veranstaltung sind die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes und zur Wendezeit 1990 Justizsenatorin Jutta Limbach sowie der Historiker und Sohn Willy Brandts, Peter Brandt, die beide Mitglieder unserer Abteilung sind. Für diese Veranstaltung werden wir noch gesondert einladen.

Nun noch ein kurzer Rückblick auf unser Kiez-Fest. Trotz der ungünstigen Wettersituation kamen viele Bewohnerinnen und Bewohner rund um den Rüdeshheimer Platz am Sonnabend, dem 20. Juni 2015, zum 11. Kiez-Fest unserer Abteilung, um sich über die Angebote und Arbeit der SPD vor Ort zu informieren und mit den zahlreich erschienenen Politikern zu sprechen. Als Gesprächspartnerinnen und –partner standen der Präsident des Abgeordnetenhauses Ralf Wieland, die Senatorin und Bürgermeisterin Dilek Kolat, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus Raed Saleh, die Wilmersdorfer Abgeordneten Ülker Radziwill, Franziska Becker und Frank Jahnke, die Bundestagsabgeordnete Ute Finckh-Krämer und Swen Schulz, der Baustadtrat Marc Schulte sowie der SPD Landesvorsitzende Jan Stöß für aktuelle Fragen zu den vielfältigsten Feldern der Bundes-, Landes- und Bezirkspolitik zur Verfügung. Besonders intensiv nutzte der Regierende Bürgermeister Michael Müller seinen Besuch auf dem Fest zu persönlichen Gesprächen mit den Besucherinnen und Besuchern und den Vertretern an den Informationsständen der teilnehmenden Organisationen. Musikalisch untermalt wurde die Veranstaltung vom Schulorchester der Paul-Natorp-Schule, die erneut mit ihren beschwingten Weisen das Publikum begeisterte.

Vom Sommer geht nun der Blick in die Weihnachtszeit. Deshalb lade ich Euch im Namen des Abteilungsvorstandes recht herzlich zu unserer diesjährigen Weihnachtsfeier am Dienstag, dem 1. Dezember 2015, 19.00 Uhr in das Restaurant Prometheus ein.

In diesem Sinne grüße ich Euch sehr herzlich
Euer
Florian Dörstelmann

Bericht von der Mitgliederversammlung am 1. September 2015

„Extremismus - die aktuelle Lage in Berlin“ - Referent: Tom Schreiber, MdA

Tom Schreiber ist als verfassungsschutzpolitischer Sprecher und Mitglied im Verfassungsschutzausschuss, der G 10-Kommission und im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung der Extremismus-Experte der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus.

In seinem Vortrag wies Tom Schreiber auf die aus seiner Sicht bedeutsamen vier Schwerpunkte des Extremismus in Berlin hin, und zwar

- Islamismus und Salafisten
- Scientology
- Rechte Gewalt und
- Linke Gewalt.

Gerade der gewaltbereite Islamismus gewinnt angesichts des Terrors durch den IS eine aktuelle Bedeutung. Auch in Berlin steigt die Zahl der Salafisten, die insbesondere durch Hassprediger in einigen Moscheen, aber auch über das Internet, z.B. durch populäre Rapper radikalisiert werden. Nach den Erkenntnissen sind ca. 90 radikalisierte Islamisten aus Berlin beim IS, davon sind allerdings zwischenzeitlich 1/3 zurück gekehrt. Nach Auffassung von Tom Schreiber muss sich der Staat besonders um diese Rückkehrer kümmern. Die dazu einzuleitenden Maßnahmen müssen sowohl repräsentativ als auch präventiv sein. Dabei gilt

es auch die Frage zu klären, ob es für verurteilte Islamisten einen gesonderten Strafvollzug geben sollte. Ein besonderes Problem stellt sich auch bei der Frage, ob bei dem gegenwärtigen Flüchtlingszustrom in die Bundesrepublik nicht auch gewaltbereite Islamisten einreisen.

Obwohl die Mitgliederzahlen der NPD und der Rechtsextremisten in Berlin in den letzten Jahren rückläufig war, sind gerade auch in Berlin in der letzten Zeit angesichts des großen Flüchtlingszustroms zahlreiche rechtsextreme Ausschreitungen gegen Flüchtlingseinrichtungen zu verzeichnen gewesen. Diese Ausschreitungen werden nach Aussage von Tom Schreiber auch latent von Nichtextremisten unterstützt, weil es z.B. im Zusammenhang mit der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften in den Bezirken ein großes Kommunikations- und Informationsdesaster gibt bzw. gegeben hat. Ein weiteres Problem ist auch die Verteilung der Flüchtlinge in der Stadt. So haben einige Bezirke insbesondere im Ostteil der Stadt eine überproportionale Anzahl von Flüchtlingen, wogegen beispielsweise die Anzahl in Steglitz-Zehlendorf äußerst gering ist.

Besonders zugenommen haben in der letzten Zeit die Schmähungen und Drohungen in den sozialen Netzwerken, die aber auch eine Strafverfolgung schwierig machen.

Berlin ist die Hauptstadt des Linksextremismus, aber auch der Demonstrationen. Obwohl in den letzten Jahren dank der von dem ehemaligen Innensenator Ehrhard Körting und dem ehemaligen Polizeipräsidenten Dieter Glietsch eingeleiteten „Politik der ausgestreckten Hand“ der Polizei die Zahlen linksextremer Gewalttaten in der Walpurgisnacht und am 1. Mai deutlich zurück gegangen sind, gibt es unverändert eine erschreckend hohe Zahl von Gewalttaten gegen Polizei-, Feuerwehr- und Justizbeschäftigten. Beispielhaft sind hier die Angriffe in der Revaler Straße. Nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden handelt es sich bei den Gewaltbereiten überwiegend um zugezogene Schüler und Studenten. Ein besonderes Gewaltpotenzial ergibt sich gegenwärtig bei der Flüchtlingsfrage, wobei nach Tom Schreiber festzustellen ist, dass es weder den Rechten noch den Linken tatsächlich um die Flüchtlinge geht, sondern hier stehen der Krawall und die Störungen deutlich im Vordergrund. Um die Flüchtlinge kümmern sich tatsächlich Menschen aus den Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und gesellschaftlichen Gruppierungen.

Dennoch geht auch hier eine latente und zum Teil auch offene Gefahr von den „Bürgern im Nadelstreifen“ aus, die die Gewaltaktionen durchaus tolerieren. (Man darf doch mal sagen dürfen..). In Berlin hat sich in den letzten Wochen dann auch noch einmal die Situation deutlich verschärft, weil die Situation vor dem LaGeSo in Moabit zu unzumutbaren Zuständen für alle Beteiligten geführt hat. Zwischenzeitlich wurde beim zuständigen Sozialsenator ein Koordinierungsstab eingerichtet, der zu einer Entschärfung der Situation beitragen soll.

In der anschließenden Diskussion wurden u.a. die folgenden Punkte angesprochen:

- Die Information und Koordination zwischen Senatsverwaltungen und Bezirken muss bei der Unterbringung von Flüchtlingen deutlich verbessert werden. Dabei müssen auch alle möglichen Gebäude und Standorte auf die Unterbringungsmöglichkeit geprüft werden.
- Gewarnt wurde vor einem Betroffenheitstourismus in Flüchtlingseinrichtungen
- Verdeutlicht wurde, dass sowohl Geld als auch Personal für Deradikalisierung und Terrorismusprävention bereits unter Ehrhard Körting bereitgestellt wurde und es bei der heutigen politischen Diskussion nicht darum gehen kann, den alleinigen „schwarzen Peter“ der Sparpolitik unter Rot/Rot zuzuschieben.
- Problematisch ist, dass der Verfassungsschutz insbesondere aus Quellenschutz nicht über Erfolge berichten kann. Gleichwohl muss mit allen gesellschaftlichen Gruppen zusammen gearbeitet werden, denn die Auswirkungen von Extremismus treffen alle Bereiche. So verzeichnen beispielsweise die Hotels nach den Pegida-Demonstrationen einen deutlichen Einbruch bei den Gästezahlen.

- Nach den bisherigen Erkenntnissen lassen sich junge Mädchen besonders über Fan-Clubs und das Internet für den IS gewinnen. Hier muss durch Erziehung und Wertvermittlung gegengewirkt werden.
- Für die nächste Wahlperiode sollte eine Integrationsbehörde aus einem Guss errichtet werden. Dabei muss auch die bisherige Ausländerbehörde noch stärker als bisher zu einer Willkommensbehörde ausgebaut werden.
- Transparenz und parlamentarische Kontrolle beim Einsatz von V-Leuten soll gestärkt werden.

Im Anschluss an die Diskussion wurde der folgende Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf einstimmig verabschiedet.

Antrag der Abteilung Wilmersdorf-Süd an die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf

Flüchtlinge unterstützen – Unzumutbare Zustände in der Flüchtlingsbetreuung beenden

Mit Bestürzung und Empörung verurteilt die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf die fremdenfeindlichen und rassistischen Übergriffe gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland und insbesondere in Berlin. Hier ist der demokratische Rechtsstaat gefordert, mit all seinen Mitteln gegen diese extremistischen und terroristischen Handlungen vorzugehen. Dazu gehört aber auch, schnellstmöglich für die Flüchtlinge Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zu schaffen, die ein menschenwürdiges Dasein und zugleich auch vertrauensvolles Miteinander ermöglichen. Deutschland braucht dringend ein Einwanderungsgesetz, das die Voraussetzungen für eine geregelte und gesicherte Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland schafft.

Wir begrüßen und unterstützen ausdrücklich das Bürgerschaftliche Engagement vieler Berlinerinnen und Berlin, die nicht nur den Menschen unmittelbar helfen, sondern auch dafür sorgen, dass das Feld nicht den Rassisten und Antidemokraten überlassen wird.

Zugleich fordert die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf Senat und Abgeordnetenhaus auf, unverzüglich die personellen und finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die für alle Beteiligten, die Flüchtlinge, die Beschäftigten der Verwaltung, aber auch für die vielen Ehrenamtlichen, unzumutbaren Zustände im Landesamt für Gesundheit und Soziales, sowie in den übrigen mit der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen zuständigen Behörden des Landes Berlin, beendet werden. Dazu gehört auch, den Menschen schnell und unbürokratisch eine angemessene Unterkunft zur Verfügung zu stellen.

Nominierungen

Auf Vorschlag des Abteilungsvorstandes nominierte die Mitgliederversammlung Florian Dörstelmann einstimmig als Kandidaten für die Abgeordnetenhauswahlen 2016 für den Wahlkreis 7 und bei einer Enthaltung für den 2. Männerplatz auf der Bezirksliste.

Für die BVV-Liste wurden auf Vorschlag des Abteilungsvorstandes Constanze Röder einstimmig für den 1. Frauenplatz und bei jeweils einer Enthaltung Adriana Röder und Justin Jähn nominiert

Bericht von der Mitgliederversammlung am 6. Oktober 2015

Aktuelle Flüchtlingssituation

Nach einer kurzen Einführung zur Flüchtlingspolitik durch Holger Wuttig referierte in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der Abteilungen Halensee, Wilmersdorf-Südost und unserer Abteilung der Berliner Bundestagsabgeordnete Swen Schulz über die aktuelle Situation zur Flüchtlingspolitik auf der Bundesebene, bezog aber auch seine Berliner Erfahrungen

als Spandauer Abgeordneter mit ein. Dabei verwies er eingangs darauf, dass die Flüchtlingssituation nicht neu sei, sich in den letzten Monaten aber sehr zugespitzt habe. Bereits im Januar 2015 habe er in einer Rede im Bundestag auf die Flüchtlingsproblematik hingewiesen und sie als nationale Angelegenheit beschrieben, die eine dringende Unterstützung für die Länder und Kommunen erfordere. Seitens der CDU wurde diese Auffassung zum damaligen Zeitpunkt jedoch nicht geteilt. Erst nach den Besuchen von Siegmар Gabriel und der Kanzlerin in Heidenau hat es bei der CDU in der Regierung einen Kurswechsel gegeben. Nunmehr hat die Koalition einen Bündel von Maßnahmen auf den Weg gebracht, die neben positiven Aspekten allerdings auch einige Restriktionen enthalten.

Swen Schulz stellte diese Vereinbarung, die in den Bundestag eingebracht wurde, im Einzelnen kurz vor:

- Es werden zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 6 Milliarden € für die Flüchtlingsbetreuung und -unterbringung zur Verfügung gestellt, und zwar je 3 Milliarden für die Kommunen und den Bund. Davon sollen 500 Millionen für den sozialen Wohnungsbau sein. Berlin wird als Pauschale 200 Millionen € erhalten.
- Die Zusammenarbeit in der EU und insbesondere mit den mittel- und osteuropäischen Staaten soll hinsichtlich der Aufnahme von Flüchtlingen verbessert werden. Dabei wies Swen Schulz kritisch darauf hin, dass das Dublin-Abkommen insbesondere Italien und Griechenland mit ihren EU-Außengrenzen besonders belastet, Deutschland mit seiner quasi Außengrenze Flughafen Frankfurt am Main war davon nahezu unberührt und hat daher die langjährige Tragödie im Mittelmeer eher am Fernseher mitbekommen.
- Schaffung und Förderung internationaler Hilfen in den Herkunftsländern sowie Entwicklung von Regelungen für einen legalen Zuzug aus dem Westbalkan.

Noch in Teilen umstritten sind die beabsichtigten Änderungen durch die Asylverfahrenbeschleunigungsgesetze. Hier sind u.a. die folgenden Maßnahmen vorgesehen:

- Verkürzung der Asylverfahren auch durch Festlegung weiterer sicherer Herkunftsländer auf dem Westbalkan.
- Einschränkung von Leistungen und Gewährung von Sachleistungen statt Geldleistungen. Gerade diese Maßnahme wird von den Praktikern vor Ort wegen des hohen bürokratischen Aufwandes sehr kritisch gesehen.
- Beschränkung der Arbeit der Härtefallkommissionen und
- Abschiebungen ohne Vorankündigung.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird wohl das Gesamtpaket unterstützen, sieht aber auch, dass es gegenwärtig eine starke Debatte in der CDU gibt, die Gegenwind gegen die Bundeskanzlerin entfacht und insgesamt auch zu einem Machtkampf mit Seehofer und anderen führt. Swen Schulz kritisierte in diesem Zusammenhang auch die aktuellen Aussagen von Siegmар Gabriel und Thomas Oppermann als CSU light, verwies dann aber auch darauf, dass die Fragen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger aktiv auf- und ernstgenommen werden müssen, damit Pegida und andere die gesellschaftliche Stimmung nicht für sich in Anspruch nehmen können. Zugleich wandte er sich gegen die populistische Parole: "Das Boot ist voll." Nach seiner Auffassung müssen die Fluchtursachen bekämpft werden. Dabei muss auch – ob es einem gefällt oder nicht - mit Putin und Erdogan gesprochen werden, ohne die es in der Region keine friedliche Lösung geben wird. Gerade die SPD muss tragfähige Antworten finden und an ihre internationalen Grundsätze anknüpfen. Es müssen "Schritt-

te einer gerechten Weltordnung" gegangen und eine gemeinsame europäische Haltung entwickelt werden. Es müssen aber auch die reichen arabischen Ölstaaten ins Boot geholt werden.

In einer anschließenden engagierten und sehr sachlichen Diskussion ging es u.a. um die Frage einer Zugangsbegrenzung, die das Grundgesetz nicht kennt und die auch von den Diskutanten mehrheitlich abgelehnt wurde. Zugleich wurde vor der Gefahr gewarnt, dass dieses Thema von den Rechten und insbesondere Pegida instrumentalisiert wird. Allerdings dürften auch nicht alle Gegner der jetzigen Flüchtlingspolitik als Rechte abgestempelt werden. Auf ihre Fragen und Sorgen muss eingegangen werden. Dabei wird das Thema als gesellschaftliche Aufgabe angesehen, wobei sich die Frage stellt, wer diese Aufgabe steuert. Zugleich wurde in der Diskussion auf die internationale und insbesondere europäische Dimension hingewiesen, die verdeutlicht, dass es nicht um ein deutsches Problem handelt, das von Deutschland allein gelöst werden kann. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass die Einwanderungsdebatte von der aktuellen Flüchtlings- und Asyldebatte getrennt geführt werden muss, wobei unstreitig ist, dass Deutschland dringend ein Einwanderungsgesetz braucht. Auch wurde die Frage eines europäischen Asylrechts thematisiert. Zur aktuellen Situation wurden insbesondere die unhaltbaren Zustände vor dem LaGeSo beklagt, die aber keinesfalls von den Beschäftigten zu verantworten sind. Es müssen die Organisation und die personelle Ausstattung verbessert sowie die bürokratischen Hürden abgebaut werden. Ein weiteres Problem ist, dass viele Freiwillige zwischenzeitlich Probleme mit ihren Arbeitgebern bekommen und daher ihre Aktivitäten einschränken müssen.

Abschließend wurde daran erinnert, dass bereits vor ca. 15 Jahren ein Fernsehfilm lief, der die Migration von Millionen Afrikanern nach Europa zeigte. Hätte man sich in Europa damit auseinander gesetzt, könnte auch die Bundesrepublik agieren und müsste nicht nur reagieren.

Im Anschluss an die Diskussion informierte der Vorsitzende der Abteilung Halensee, Christian Hochgrebe, über die praktische Arbeit von "Wilmsdorf hilft" in der Rognitzstraße und im ehemaligen Rathaus Wilmsdorf. Die Situation in der Rognitzstraße, in der eine private Flüchtlingsunterkunft betrieben wird, ist insgesamt unbefriedigend, zumal beim Betreiber eine ehrenamtliche Unterstützung auf Widerstand stößt. Insgesamt leben dort 250 bis 260 Flüchtlinge, darunter viele Kinder. Das ehemalige Rathaus Wilmsdorf ist als Notunterkunft Erstaufnahmelager, in dem gegenwärtig 750 bis 800 Flüchtlinge leben. Hier besteht ein großer Bedarf an ehrenamtlicher Hilfe.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD Fraktion in der BVV, Holger Wuttig, berichtete über die aktuelle Diskussion in der BVV und über die Kommunikationsprobleme zwischen der Hauptverwaltung und den Bezirken in Fragen der Flüchtlingsunterbringung.

Resolution

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmsdorf hat auf ihrer Sitzung am 25. September 2015 auf der Grundlage des Antrags unserer Abteilung vom 1. September 2015 die folgende Resolution beschlossen:

Flüchtlinge unterstützen – Unzumutbare Zustände in der Flüchtlingsbetreuung beenden

Die Bundesrepublik Deutschland und auch das Land Berlin stehen angesichts der großen Zahl von schutzsuchenden Flüchtlingen vor großen Herausforderungen. Sie zu meistern,

erfordert das Engagement der Zivilgesellschaft sowie der politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen. Besonders erfreulich ist, dass sich in Deutschland in den vergangenen Wochen und Monaten trotz aller Schwierigkeiten insgesamt eine weltoffene und flüchtlingsfreundliche Gesellschaft zeigt. Hierzu gehört aber auch, die Ängste und Verunsicherungen der Bürgerinnen und Bürger auf- und ernst zu nehmen.

Mit Bestürzung und Empörung verurteilen wir die fremdenfeindlichen und rassistischen Übergriffe gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland. Hier ist der demokratische Rechtsstaat gefordert, mit all seinen Mitteln gegen diese extremistischen und terroristischen Handlungen vorzugehen. Dazu gehört aber auch, schnellstmöglich für die Flüchtlinge Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zu schaffen, die ein menschenwürdiges Dasein und zugleich auch vertrauensvolles Miteinander ermöglichen. Deutschland braucht dringend ein Einwanderungsgesetz, das die Voraussetzungen für eine geregelte und gesicherte Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland schafft.

Zugleich fordert die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf Senat und Abgeordnetenhaus auf, unverzüglich die personellen und finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die für alle Beteiligten, die Flüchtlinge, die Beschäftigten der Verwaltung, aber auch für die vielen Ehrenamtlichen, unzumutbaren Zustände im Landesamt für Gesundheit und Soziales beendet werden. Dazu gehört auch, den Menschen schnell und unbürokratisch eine angemessene Unterkunft zur Verfügung zu stellen.

Wir begrüßen und unterstützen die Entscheidung des Senats, mit dem ehemaligen Polizeipräsidenten einen Staatssekretär zur Koordinierung der Flüchtlingsfragen eingesetzt und diesen unmittelbar beim Regierenden Bürgermeister Michael Müller in der Senatskanzlei angesiedelt zu haben.

Außerdem begrüßt und unterstützt die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf ausdrücklich das Bürgerschaftliche Engagement vieler Berlinerinnen und Berlin, die nicht nur den Menschen unmittelbar helfen, sondern auch dafür sorgen, dass das Feld nicht den Rassisten und Antidemokraten überlassen wird.

Spendenaufruf

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir sind eine aktive Abteilung und wollen auch einen aktiven Wahlkampf in unserem Wahlkreis betreiben. Es gilt, den Wahlkreis wieder direkt für die SPD zu gewinnen. Auch das Kiez-Fest auf dem Rüdeshheimer Platz, als auch das Wirtschaftsfrühstück und die Veranstaltung "SPD vor Ort" kosten ebenso Geld wie eine aktive Informationspolitik. Das alles können wir aus unserer Abteilungskasse allein nicht finanzieren. Da wir auch nicht über Spender aus der Wirtschaft verfügen, bitte ich Euch um eine Spende direkt an unsere Abteilung. Diese Mittel können wir dann auch vollumfänglich für unsere Abteilungsarbeit verwenden. Selbstverständlich sind diese Spenden steuerlich absetzbar und werden zu 50% bei der Jahressteuerberechnung berücksichtigt.

Unser Abteilungskonto lautet:

SPD Wilmersdorf-Süd, Berliner Sparkasse, IBAN: DE 93100500000910031525, BIC: BELADEBEXX, (Konto: 910031252, BLZ: 10050000)

Termine:

Dienstag, 3. November 2015, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung mit Jan Stöß zum Wahlprogramm

Dienstag, 17. November 2015, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung zur Vorbereitung der KDV

Donnerstag, 26. November 2015, 19.00 Uhr, „SPD vor Ort“

Dienstag, 1. Dezember 2015, 19.00 Uhr, Weihnachtsfeier

Die Termine werden Euch noch einmal über den CW und unmittelbar vor der jeweiligen Veranstaltung per E-Mail bekanntgegeben.



Weihnachtsfeier

unserer Abteilung SPD Wilmersdorf-Süd



- am Dienstag, dem 1. Dezember 2015
- 19.00 Uhr
- im Restaurant „Prometheus“



12,00 € pro Person Kostenbeitrag
für das Buffet. Zu zahlen direkt vor Ort!



Anmeldung bis spätestens zum 27.11.2015 an Heidi Dümke:
per Mail heidi.duemke@gmx.de oder telefonisch unter 0151-42502117

Impressum:

SPD Landesverband Berlin
Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf
Abteilung 97

www.spd-wilmersdorf-sued.de

Redaktion:
Florian Dörstelmann (V.i.S.d.L.P.)
Udo Rienauß

